

# **Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025** **der Volksbank im Elbe-Weser-Dreieck eG**

## **Gliederung des Lageberichts**

- A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit
- B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)
  - 1. Rahmenbedingungen
  - 2. Finanzielle Leistungsindikatoren
  - 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs
  - 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
    - a) Ertragslage
    - b) Finanzlage
    - c) Vermögenslage
  - 5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
- C. Risiko- und Chancenbericht
- D. Prognosebericht

## **A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit**

Als Genossenschaftsbank besteht unsere Kernaufgabe darin, die wirtschaftliche Entwicklung unserer Mitglieder und Kunden zu fördern. Darin gründet auch die enge regionale Bindung an das Geschäftsgebiet bestehend aus der Stadt Bremerhaven, dem angrenzenden Landkreis Cuxhaven (ohne die Stadt Cuxhaven und den Samtgemeinden Land Hadeln, Börde Lamstedt und Hemmoor) sowie den Samtgemeinden Zeven, Selsingen, Sittensen und Tarmstedt.

Unser Geschäftsmodell fokussiert sich auf das Kredit- und Einlagengeschäft der Privat- und Firmenkunden. Das Institut nutzt darüber hinaus das Leistungsangebot innerhalb der Genossenschaftliche Finanz-Gruppe Volksbank Raiffeisenbanken. Ergänzend tätig ist die Volksbank im Elbe-Weser-Dreieck eG Eigengeschäfte zur Liquiditäts-, Ertrags- und Risikosteuerung.

Neben dem vorstehend beschriebenen Geschäftsmodell haben wir die Aktivitäten in der Organisationseinheit Beteiligungsmanagement im Bereich der Vermietungsobjekte im Geschäftsjahr weiter forciert.

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i.V.m. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG gehört die Bank der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG Sicherungssystem) an. Das BVR-ISG Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt.

Daneben ist unsere Genossenschaft der Sicherungseinrichtung des Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher, genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG-Sicherungssystem tätig.

## **B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)**

### **1. Rahmenbedingungen**

#### **Konjunktur in Deutschland**

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2 %, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9 % beziehungsweise 0,5 % gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um hohe 5,9 % verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 % und damit in gleichem Maße wie 2024.

Zwar hatte sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn aufgehellt, befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten - unter anderem verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik - und anhaltenden inländischen Strukturproblemen - wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit - dämpfte die Konjunktur.

Im Zuge von Vorzieheffekten der angekündigten US-Importzollerhöhungen war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch deutlich gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf belasteten die Zollerhöhungen jedoch umso mehr. Auch die zum Jahresende langsam wirksam werdenden Wachstumsimpulse der Bundesregierung, wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, führten noch keine durchgreifende Belebung herbei.

Wie bereits im Vorjahr stabilisierten die Konsumausgaben die Gesamtentwicklung. Zwar legte der Privatkonsum preisbereinigt mit 1,6 % deutlich stärker zu als 2024 (+0,5 %). Besonders für Gesundheit (+3,8 %) wurde mehr Geld ausgegeben als zuvor. In anderen Konsumbereichen wie zum Beispiel bei Nahrungsmitteln (+1,0 %) sowie bei Gastronomie und Beherbergungsdienstleistungen (-0,2 %) verlief die Entwicklung jedoch weniger dynamisch. Allgemein dämpften hohe Unsicherheiten über die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung, schwächere Lohnsteigerungen, das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und die höheren Sozialversicherungsbeitragssätze die Ausgabenbereitschaft.

Verglichen mit dem Privatkonsum expandierten die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates ebenfalls solide, aber mit 1,3 % etwas schwächer. Treibende Faktoren waren hier unter anderem die weiter zunehmenden Ausgaben im Gesundheits- und Pflegebereich. Insgesamt lieferten die Konsumausgaben mit 1,1 Prozentpunkten abermals den größten Wachstumsbeitrag zum Anstieg des preisbedingten Bruttoinlandsprodukts.

Das Investitionsklima blieb trübe. Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung in der Industrie, der strukturellen Standortschwächen sowie der enormen geo- und wirtschaftspolitischen Unsicherheiten wurde erneut weniger in Ausrüstungen investiert. Der Rückgang der preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen (-1,9 %) fiel gleichwohl schwächer aus als im Vorjahr (-5,4 %). Die Bauinvestitionen verminderten sich ebenfalls weniger deutlich als zuvor (-0,6 % nach -3,4 %). Die Baukonjunktur zeigte sich dabei weiterhin gespalten. Während die preisbereinigten Investitionsausgaben im Wohnungsbau trotz gesunkener Finanzierungskosten und gestiegener Realeinkommen der Privathaushalte nochmals zurückgingen, gelang dem Wirtschaftsbau mit dem Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen bereits eine Trendwende nach oben. Die öffentlichen Bauinvestitionen legten erneut zu, befördert durch bereits länger geplante Infrastrukturmaßnahmen.

Alles in allem sanken die Bruttoanlageinvestitionen um 0,2 % und übten damit einen minimal negativen Wachstumsimpuls auf das Bruttoinlandsprodukt aus. Dem stand jedoch ein kräftiger Wachstumsimpuls vonseiten der Vorratsveränderungen (+0,7 Prozentpunkte) gegenüber, da viele Unternehmen im Zuge der unerwartet langanhaltenden Nachfrageschwäche offenbar mehr produzierten als absetzen konnten.

Der Außenhandel wurde maßgeblich durch die protektionistischere Handelspolitik des US-Präsidenten Donald Trump bestimmt. Bereits im Januar kündigte Trump neue US-Importzölle an. Ab Februar führte er dann Zusatzzölle auf Warenimporte einzelner Staaten sowie verschiedener Produktgruppen - darunter Stahl, Aluminium und Autos - ein, was teilweise handelspolitische Gegenmaßnahmen nach sich zog. Einige dieser Zölle wurden zeitweise ausgesetzt oder nach Abschluss von Handelsabkommen verringert. Insgesamt belastete die unberechenbare US-Handelspolitik den Welthandel spürbar.

Angesichts des Gegenwinds von Seiten der US-Handelspolitik, sowie weiterer Belastungsfaktoren, wie der Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar und der stärkeren Konkurrenz durch chinesische Produkte, gingen die deutschen Exporte 2025 preisbereinigt nochmals zurück. Mit einer Veränderungsrate von -0,4 % fiel der Exportrückgang aber weniger deutlich aus als im Vorjahr (-2,1 %). Die Importe, die 2024 noch um 0,6 % gesunken waren, legten hingegen um kräftige 3,6 % zu. Sie wurden durch die robusten Konsumausgaben und durch die staatlichen Rüstungsinvestitionen gestützt. Der Außenbeitrag verminderte das gesamtwirtschaftliche Wachstum daher nochmals merklich.

Um die angestrebte Erhöhung der Staatsausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz zu ermöglichen, wurden die deutschen Fiskalregeln gelockert und die Kreditspielräume erheblich erweitert. Allerdings traten 2025 nur einige der geplanten Fiskalmaßnahmen in Kraft, darunter verteidigungsbezogene Transfers an die Ukraine, sodass die Ausgaben nur moderat stiegen. Die staatlichen Einnahmen legten im Vergleich zu den Ausgaben etwas schwächer zu trotz gestiegener Sozialversicherungsbeiträge und eines höheren Steueraufkommens. Vor diesem Hintergrund verharrte die Defizitquote auf ihrem Vorjahreswert von 2,7 %. Die Maastricht-Schuldenquote dürfte hingegen etwas gestiegen sein, von 62,5 % Ende 2024 auf etwa 63,0 % Ende 2025. Erste amtliche Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2025 werden voraussichtlich Ende April 2026 verfügbar sein.

Am Arbeitsmarkt zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während es im öffentlichen Dienst sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau kam, ging die Beschäftigung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Unternehmensdienstleister merklich zurück. Auch wegen des voranschreitenden demografischen Wandels, dessen Folge durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung im Inland und eine anhaltende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften nicht kompensiert werden konnten, kam der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl insgesamt zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt sank die Zahl der im Inland arbeitenden Erwerbstätigen minimal um 5.000 Menschen auf knapp 46,0 Millionen. Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Flaute spiegelt sich auch in der Arbeitslosenzahl wider: Sie nahm leicht zu von rund 2,8 Millionen im Vorjahr auf etwa 2,9 Millionen. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,0 auf 6,3 %.

Nach den kräftigen Preissteigerungen in den Jahren 2021 bis 2023 hat sich die Preisentwicklung im Jahr 2025 weiter stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt legte der Verbraucherpreisindex um 2,2 % zu und damit im gleichen Maße wie 2024. Innerhalb des Jahres schwankte die Inflationsrate leicht um diesen Wert, wobei mit 2,4 % im September und 1,8 % im Dezember die höchsten und niedrigsten Monatsraten in der zweiten Jahreshälfte erreicht wurden. Auf Jahressicht blieben die Dienstleistungspreise mit einem Anstieg um 3,5 % der stärkste Treiber der Gesamtteuerung (2024: +3,8 %). Unter anderem für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+8,7 %), Wartungen und Reparaturen von Fahrzeugen (+5,5 %) sowie Gaststätten-dienstleistungen (+4,0 %) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar mehr Geld aufwenden. Waren verteuerten sich demgegenüber um weniger deutliche 1,0 % (wie bereits 2024). Hier wirkten sich die Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln (+2,0 % nach +1,4 % im Vorjahr) und insbesondere bei Energie (-2,4 % nach -3,2 %) dämpfend auf die Gesamtrate aus.

Die Schwächephase im Verarbeitenden Gewerbe hielt 2025 an. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung ging das dritte Jahr in Folge zurück, wenn auch mit einer Veränderungsrate von -1,0 % weniger stark als 2023 (-1,6 %) und 2024 (-4,3 %). Dies verdeutlicht, dass es sich bei der Schwächephase nicht nur um ein konjunkturelles Phänomen handelt, sondern dass sie auch aus anhaltenden inländischen Strukturproblemen resultiert. Dazu zählen beispielsweise hohe Stromkosten, enorme bürokratische Lasten und der demografisch bedingte Mangel an Fachkräften.

Im Baugewerbe sank die preisbereinigte Bruttowertschöpfung bereits das fünfte Jahr in Folge. Sie verringerte sich im Jahr 2025 um 2,9 % und lag damit nahezu ein Viertel unter dem Stand zu Beginn der 2020er Jahre.

Auch im Handwerk hat sich die Hoffnung auf eine durchgreifende Belebung nicht erfüllt. Die Umsatzentwicklung dürfte sich jedoch stabilisiert haben. Darauf lassen zumindest die bislang verfügbaren Umsatzdaten der amtlichen Handwerksberichterstattung schließen, die ebenfalls nur in jeweiligen Preisen vorliegen. Demnach übertraf der über alle Gewerbebezüge hinweg ermittelte Umsatz in den ersten drei Quartalen den entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,8 %, nachdem er im Gesamtjahr 2024 noch um 1,0 % gesunken war. Treiber des leichten Umsatzzuwachses waren die konsumnahen Gewerke, allen voran das Gesundheitsgewerbe (+4,3 %) und die Handwerke für den privaten Bedarf (+1,8 %).

Im Einzelhandel hat sich das Umsatzwachstum 2025 etwas beschleunigt. Der Branchenumsatz legte preisbereinigt um 2,7 % zu, nachdem er im Vorjahr um 1,2 % gestiegen war. Damit konnten die Rückgänge der von hohen Verbraucherpreisanstiegen geprägten Jahre 2022 und 2023 nahezu wieder ausgeglichen werden. Grund für den höheren Zuwachs war unter anderem ein statistischer Effekt: Durch die Umstrukturierung eines Großunternehmens im Internet- und Versandhandel wurden ab dem Berichtsmonat August 2024 Umsätze erfasst, die zuvor nicht berücksichtigt wurden. Befördert durch diesen Sondereffekt und durch den allgemeinen Trend hin zu Onlinekäufen stieg der Umsatz im Internet- und Versandhandel um kräftige 10,1 %.

Nicht nur in der Gesamtwirtschaft, sondern auch im Großhandel hat sich die allgemeine Situation nach zwei Jahren mit rückläufiger Entwicklung gefestigt. So stieg der preisbereinigte Branchenumsatz im Jahr 2025 um 2,1 %, nachdem er 2023 und 2024 noch um 4,3 % beziehungsweise 0,8 % gesunken war.

Der Dienstleistungssektor blieb 2025 die zentrale Stütze der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Sektors legte erneut zu, obgleich das Wachstum mit 0,6 % leicht schwächer ausfiel als 2024 (+0,8 %). Innerhalb des Sektors zeigte sich erneut ein gemischtes Bild. Wie bereits im Vorjahr wiesen die Bereiche Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+1,5 %) sowie Information und Kommunikation (+1,4 %) ein überdurchschnittliches Wachstum auf.

Die wirtschaftliche Lage in der Landwirtschaft hat sich etwas verbessert, blieb aber in der Gesamtschau angespannt. Nach Angaben des Deutschen Bauernverbandes erzielten die Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2024/25 im Mittel ein Unternehmensergebnis von rund 78.500 Euro. Das Ergebnis lag damit zwar leicht über dem Ergebnis des Vorjahres (etwa 78.200 Euro), aber noch immer deutlich unter dem im Wirtschaftsjahr 2022/23 (rund 110.200 Euro) erlangten Gewinn. Einzig die Rinder- und Milchviehhalter verzeichneten ein Ergebnisplus. Nahezu alle anderen Betriebsformen mussten hingegen Gewinneinbußen hinnehmen, unter anderem wegen rückläufiger Erzeugerpreise für Schweine, Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben. Aufgrund der allgemeinen Ertragschwäche und der hohen Unsicherheiten sahen sich viele Betriebe veranlasst, Zukunftsinvestitionen zurückzustellen.

## **Finanzmärkte**

Die politischen Unsicherheiten blieben auch im Jahr 2025 erhöht und erreichten sogar neue Höchststände. Ein wesentlicher Beitrag dazu lag bei der seit Jahresanfang 2025 regierenden US-Administration, die unter anderem durch umfassende Zollandrohungen und -erhebungen gegenüber vielen Handelspartnern für weltweite Verunsicherung sorgte. Auch der weiterhin andauernde Krieg in der Ukraine und die Eskalation des Nahostkonflikts trugen dazu bei. In Frankreich sorgten erneut wackelige Mehrheitsverhältnisse und gescheiterte Regierungen für politische Instabilität. Die neue Bundesregierung in Deutschland und die Ankündigung umfassender Fiskalausgaben wurden an den Finanzmärkten aufgrund positiverer Wachstumsaussichten positiv aufgenommen. Die weiteren Zinssenkungen der Notenbanken und anhaltende Hoffnungen auf Produktivitätseffekte durch Künstliche Intelligenz (KI) sorgten zusätzlich für Kursanstiege. Gleichwohl war die Nervosität der Finanzmarktakteure spürbar. Äußerungen der neuen US-Regierung führten regelmäßig zu hoher Volatilität an den Finanzmärkten. Auch die Ankündigung des chinesischen KI-Startups DeepSeek, deutlich kostengünstiger und effizienter als amerikanische KI-Modelle vergleichbare Ergebnisse liefern zu können, sorgte für drastische Marktbewegungen und führte beim amerikanischen Chiphersteller Nvidia zu einem Rückgang des Börsenwerts um knapp 600 Milliarden US-Dollar innerhalb eines Tages - dem bislang größten Verlust eines Unternehmens an einem Tag.

Der Zinssenkungszyklus, der in den meisten großen Volkswirtschaften im Jahr 2024 begann, setzte sich 2025 weiter fort. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte in der ersten Jahreshälfte die Zinsen weiter und wechselte anschließend in einen Haltemodus. Auf der anderen Seite des Atlantiks wartete die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) mit weiteren Zinsschritten bis in die zweite Jahreshälfte. Auch die Notenbanken in Kanada und im Vereinigten Königreich senkten im vergangenen Jahr ihre Leitzinsen. Hervorzuheben ist unter den großen Notenbanken die japanische Zentralbank, die angesichts einer sich weiter beschleunigenden Inflation sogar die Zinsen erhöhte - allerdings ausgehend von einem international vergleichsweise niedrigen Niveau.

Grundlage der fortgesetzten geldpolitischen Lockerung ist ein ausgeglichenerer Inflationsausblick. Im Euroraum liegt die Inflationsrate bereits im Jahresverlauf 2025 in etwa auf Zielniveau, mit einer Jahresrate von 2,1 %. Die für die Geldpolitik relevantere Kerninflationsrate, also die um die schwankungsanfälligen Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Teuerung, erweist sich weiterhin als hartnäckig. Im Jahresverlauf 2025 lag diese, getrieben von weiterhin erhöhten Preissteigerungen im Dienstleistungsbereich, bei 2,4 %. Trotz des weiterhin betonten datengetriebenen "Meeting-by-Meeting"-Ansatzes spielten im vergangenen Jahr auch die Projektionen der EZB zur Inflationsentwicklung im Euroraum wieder eine größere Rolle. Im Dezember 2025 erwartete das Eurosystem eine Teuerungsrate von 1,9 % für das Jahr 2026, gefolgt von 1,8 % und 2,0 % in den beiden Folgejahren. Die Kerninflation dürfte nach den jüngsten Projektionen im Jahr 2026 bei 2,2 % liegen und sich anschließend auf dem 2,0 %-Niveau einpendeln. Damit dürfte das symmetrische Inflationsziel von mittelfristig 2,0 % in etwa erreicht werden.

In den USA erwies sich die Inflation als hartnäckiger. Die von der Fed besonders beachtete Personal Consumption Expenditure (PCE)-Rate bewegte sich im Jahresverlauf fast seitwärts und lag im Dezember 2025 bei 2,9 %. Die Kerninflation lag zum Jahresschluss bei 3,0 %. Im Vergleich zu den Januarwerten von 2,6 % (PCE) beziehungsweise 2,8 % (PCE-Kerninflation) ist somit keine Verbesserung eingetreten und die Inflation befand sich weiterhin deutlich oberhalb des Inflationsziels. Entsprechend agierte die Fed vorsichtiger. Die für das duale Mandat gleichermaßen entscheidende Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigte im Jahresverlauf leichte Schwächeanzeichen, was die Fed schließlich zu Zinssenkungen veranlasste.

Die US-Notenbank hat im Jahr 2025 ihre geldpolitische Lockerung trotz eines Inflationsniveaus oberhalb des Inflationsziels fortgesetzt. Neben weiteren Zinssenkungen zählt hierzu auch die Ankündigung, die quantitative Straffung (Quantitative Tightening, QT) im Dezember 2025 einzustellen. Damit ist der Abbau von Beständen an Wertpapieren in der Fed-Bilanz aus früheren Ankaufprogrammen gemeint. Der Leitzins in den USA lag zu Jahresbeginn 2025 in einem Korridor von 4,25 % bis 4,5 %. Nach drei Zinssenkungen um jeweils 25 Basispunkte in der zweiten Jahreshälfte 2025 lag der Leitzins zum Jahresende in einem Korridor von 3,5 bis 3,75 %. Anders als die EZB mit dem primären Mandat Preisstabilität verfolgt die Fed ein duales Mandat mit Preisstabilität und Vollbeschäftigung als Zielgrößen. In ihren Begründungen für die geldpolitische Lockerung verwies die Fed auf Schwächen am Arbeitsmarkt, die unter Risikoabwägungen hinsichtlich der beiden Zielgrößen trotz weiterhin erhöhter Inflation geldpolitische Lockerungsschritte angemessen erscheinen ließen.

Für Verunsicherung sorgten die zunehmenden Angriffe der US-Regierung auf die unabhängige Notenbank. Die US-Administration forderte offen deutliche Zinsschritte und versuchte, durch Neubesetzungen sowie juristische Schritte gegen Mitglieder des geldpolitischen Entscheidungsgremiums, Einfluss auf die Geldpolitik zu nehmen. Während es der Fed bislang gelang, sich diesen Angriffen zu widersetzen, droht bei einer Schwächung der Institution und Zweifeln an der Unabhängigkeit der Geldpolitik eine Beeinträchtigung der geldpolitischen Transmission, eine weiter zunehmende Inflationsrate und höhere langfristige Zinsen.

Auch die EZB setzte ihre geldpolitische Lockerung fort, allerdings - anders als die Fed - in der ersten Jahreshälfte. Nachdem die erste Zinssenkung im laufenden Zyklus im Juni 2024 erfolgte, startete die EZB das Jahr 2025 mit einem Zinsniveau für die geldpolitisch relevante Einlagefazilität von 3,0 %. Der Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität lag entsprechend bei 3,15 %, der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,4 %. Nach Zinssenkungen im Februar, März, April und Juni um insgesamt 100 Basispunkte beließ der EZB-Rat die Zinsen bis Jahresende auf einem Niveau von 2,0 % (Einlagefazilität), 2,15 % (Hauptrefinanzierungsfazilität) bzw. 2,4 % (Spitzenrefinanzierungsfazilität). Damit lag der Zins für die Einlagefazilität im von der EZB als geldpolitisch neutral angesehenen Bereich von 1,75 bis 2,25 %. Die Inflationsrisiken schienen sich zuletzt relativ die Waage zu halten: Abwärtsrisiken bestanden etwa durch Rückgänge bei Energiepreisen, eine Aufwertung des Euros, Umlenkungen insbesondere chinesischer Waren durch Handelsbeschränkungen oder eine schwächere konjunkturelle Entwicklung. Aufwärtsrisiken hingegen bestanden durch die Ausweitung der Fiskalausgaben im Euroraum sowie bestehender Kapazitätsengpässe oder geo- und handelspolitische Friktionen, die etwa zu Lieferengpässen oder Restrukturierungen von Lieferketten führen könnten.

Neben den Zinssenkungen wurde die bereits laufende Bilanznormalisierung durch den schrittweisen Abbau von Anleihebeständen aus dem Anleihekaufprogramm (APP) und dem pandemiebedingten Kaufprogramm (PEPP) fortgesetzt. Die Bestände der APP- und PEPP-Portfolios nahmen kontinuierlich ab, da fällige Anleihen nicht mehr reinvestiert wurden. Zum Jahresende belief sich der Bestand an Wertpapieren aus beiden Kaufprogrammen auf rund 3,7 Billionen Euro.

Neben Inflations- und Zinserwartungen sowie der Geldpolitik wirkten im Jahr 2025 vor allem auch politische Ereignisse auf die Anleihekurse. Im Februar sorgten die Neuwahlen in Deutschland und die Ankündigung eines umfassenden fiskalischen Ausgabenpakets für Verteidigung, Infrastruktur und Klima für einen deutlichen Anstieg der zehnjährigen Bundrenditen um etwa 30 Basispunkte. Damit verbunden sind erwartete positive Wachstumsimpulse, die zu höheren langfristigen Realzinsen führten. Der Anstieg führte auch in weiteren Ländern des Euroraums zu Renditeanstiegen, sodass die Zinsaufschläge zunächst weitgehend unverändert blieben. Die Zinssenkungen der EZB am kurzen Laufzeitende sorgten für einen steileren, positiven Verlauf der Zinsstrukturkurve. Die zehnjährige Bundrendite startete bei 2,36 % ins Jahr und stieg mit der Ankündigung des Fiskalpakets bezogen auf die Schlusskurse kurzzeitig auf knapp 3,0 %, bevor sie sich nach einem Rückgang im Bereich von etwa 2,70 % einpendelte. Zum Jahresende folgte ein kleiner Anstieg und die Renditen lagen zum Jahreschluss bei 2,85 %. Die Zinsaufschläge zu zehnjährigen Bundesanleihen für französische Papiere lagen durch die politisch instabile Lage in Frankreich im Bereich von etwa 70 bis 80 Basispunkten. Damit lagen sie zum Jahresende seit längerem erstmals wieder höher als die für italienische Papiere, die zum Jahresultimo bei etwa 65 Basispunkten lagen.

In den USA starteten die zehnjährigen US-Anleihen mit einer Rendite von 4,57 % ins Jahr 2025 und erreichten bereits im Januar mit 4,79 % den höchsten Stand des Jahres auf Schlusskursbasis. In der zweiten Jahreshälfte setzte zusammen mit den Zinssenkungen der Fed eine leichte Abwärtsbewegung ein. Zum Jahresende notierten die zehnjährigen Papiere bei 4,16 %. Im Vereinigten Königreich blieben die Renditen auf Jahressicht nahezu unverändert. Zu Jahresbeginn lagen sie wie ihre amerikanischen Pendanten für zehnjährige Titel bei 4,57 %. Zum Jahresende notierten sie mit 4,47 % nur leicht darunter. Unsicherheiten über fiskalische Spielräume sorgten im Vereinigten Königreich für Zinsaufschläge.

Die Zinsstrukturkurve verlief - gemessen an der Renditedifferenz von Anleihen mit Restlaufzeiten von zehn und zwei Jahren - für deutsche und amerikanische Anleihen weiterhin normal steigend. Im Jahresverlauf hat sich der Renditeabstand weiter vergrößert und lag für deutsche und amerikanische Anleihen zum Jahresende bei etwa 70 Basispunkten. Auch am noch längeren Ende der Zinsstruktur kam es zu einer Ausweitung der Renditeaufschläge: So notieren 30-jährige Papiere in Deutschland gut 60 Basispunkte über zehnjährigen, in den USA beläuft sich der Aufschlag auf knapp 70 Basispunkte. Eine spürbare Auswirkung auf die Zinsaufschläge hatte der sogenannte "Befreiungstag" ("Liberation Day") in den USA am 2. April 2025, an dem der US-Präsident umfassende Importzölle gegen nahezu alle Handelspartner der USA verkündete und dadurch panische Reaktionen an den Finanzmärkten auslöste. Vor allem in den USA stiegen die Zinsaufschläge für längere laufende Titel daraufhin teils deutlich an.

Die europäische Gemeinschaftswährung startete mit einem Kurs von 1,0355 US-Dollar in das Jahr 2025 und tendierte in den ersten Handelswochen eher seitwärts. Die Ankündigungen des deutschen Fiskalpakets im März 2025 und der amerikanische "Befreiungstag" im April sorgten für eine nachhaltige Aufwertung des Euros. Bis Juli 2025 hielt die Aufwärtsbewegung an, bevor der Euro-US-Dollar-Wechselkurs in eine Seitwärtsbewegung überging, in der er mit leichten Schwankungen bis zum Jahresende verblieb. Zum Jahresabschluss kostete ein Euro 1,1745 US-Dollar. Die Stärke des Euros beschränkte sich dabei nicht auf den US-Dollar. Der effektive Wechselkurs des Euros gegenüber den 41 wichtigsten Handelspartnern erreichte im vergangenen Jahr ein Allzeithoch, nahe dem er das Handelsjahr beschloss. Verunsicherung über die erratische Politik in den USA sorgte für Abflüsse aus dem US-Dollar und eine Stärkung des Euros. Auch die veränderten Zinserwartungen sowie die Aussicht und Hoffnung auf weitere Zinssenkungen der Fed trugen zur US-Dollar-Abwertung bei. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des gesamten Euroraums hat sich durch die effektive Aufwertung verschlechtert.

Das Jahr 2025 war geprägt von geo- und handelspolitischen Unsicherheiten. Unsicherheitsindizes wie der viel beachtete Economic Policy Uncertainty Index erreichten in Deutschland und Europa neue Höchststände, in den USA den dritthöchsten Stand seit der globalen Finanzkrise 2008 sowie der Corona-Pandemie. Diese Unsicherheit ging im vergangenen Jahr insbesondere von den USA und den politischen Ankündigungen sowie Entscheidungen der US-Regierung aus. Besonders profitieren konnten von dieser Unsicherheit und der damit verbundenen Schwächung des US-Dollars Edelmetalle wie Gold, Silber, Platin und Palladium, die neue Rekordstände erreichten. Der Goldpreis stieg auf Jahressicht um über 60,0 % und überschritt erstmals die Marke von 4.000 US-Dollar pro Feinunze. Zum Jahresabschluss notierte Gold bei 4.324 US-Dollar. Noch stärker konnte der Silberpreis zulegen, der insgesamt um knapp 150,0 % stieg, gefolgt von Platin mit rund 120,0 % und Palladium mit über 70,0 %.

Das Jahr 2025 verlief für die Aktienmärkte erneut positiv. Viele wichtige Aktienindizes konnten neue Rekordstände erreichen. Angesichts der anhaltenden Krisenherde wie dem Krieg in der Ukraine oder dem Nahostkonflikt sowie der hohen Unsicherheit durch die Politik der US-Administration übertraf die positive Entwicklung, dank Faktoren wie KI-Hoffnungen und expansiver Fiskalpolitik, vielerorts erneut die Erwartungen. Der DAX startete mit 19.909 Punkten ins Jahr 2025 und bewegte sich bis zum amerikanischen "Befreiungstag" in einer Aufwärtsbewegung. Der deutlichen Korrektur im April folgte eine ebenso deutliche Erholung auf über 24.000 Zähler im Mai. In der zweiten Jahreshälfte ging der DAX in eine Seitwärtsbewegung über und beendete das Jahr bei 24.490 Punkten.

Die größten Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten im vergangenen Jahr wurden vermutlich durch den amerikanischen "Befreiungstag" am 02. April 2025 ausgelöst. Der US-Präsident kündigte Zölle gegen eine Reihe von Ländern an, die mindestens 10,0 % auf Importe für alle Länder vorsahen und für einzelne Länder deutlich höher ausfielen. Bezogen auf Schlusskurse gaben in Europa und den USA die Aktienmärkte innerhalb weniger Tage um über 10,0 % nach. Die Renditen zehnjähriger US-Anleihen stiegen in den darauffolgenden Tagen in der Spitze um mehr als 25 Basispunkte, der Euro wertete um über 2,5 % auf und der Ölpreis fiel angesichts der Aussichten auf eine geringere globale Nachfrage innerhalb weniger Tage um rund 16,0 %. Zumindest vorübergehend schien das Vertrauen in den Status der US-Währung als sicherer Hafen beschädigt. Üblicherweise wertet der US-Dollar unter Finanzmarktstress auf und US-Anleihen gewinnen an Wert. Die heftige Reaktion der Finanzmärkte gilt aber auch als ein Grund, warum die US-Regierung zeitnah einlenkte und die Zölle nach einigen Tagen wieder aussetzte, um Verhandlungen mit den einzelnen Ländern einzuleiten. Die Ankündigung der Aussetzung der Zölle sorgte für eine deutliche Erholung an den Finanzmärkten mit Kursgewinnen.

Den Turbulenzen rund um den "Befreiungstag" folgte weltweit eine Aufwärtsbewegung. Bezogen auf die Schlusskurse erreichte der DAX am 9. Oktober 2025 mit 24.611 Punkten den höchsten Stand des Jahres und schloss das Jahr nur leicht darunter, mit einem Plus von 23,01 % im Jahresvergleich. Auch die europäischen Aktienmärkte beendeten das Jahr mit Gewinnen: Der Euro Stoxx 50 stieg im Jahresverlauf um 18,29 %. Der französische CAC 40 verzeichnete ein Wachstum von 10,42 %, wobei hier die politischen Unsicherheiten um die angeschlagene Regierung belasteten. Der italienische FTSE MIB erzielte ein Plus von 31,47 %. Die amerikanischen Indizes entwickelten sich etwas schwächer als die europäischen: Der S&P 500 Composite legte um 16,39 % zu, der Dow Jones Industrial Average stieg um 12,97 %. Der Nasdaq Composite erzielte hingegen, getrieben von KI-Hoffnungen und den großen Technologieunternehmen, einen Zuwachs von 20,36 %. Der britische FTSE 100 legte um 21,51 % zu, der japanische Nikkei 225 stieg um 26,18 %. Die hohen Kursgewinne führten zu erhöhten Bewertungen an den Aktienmärkten. Die Bewertung europäischer Aktien lag dabei über ihrem langfristigen Durchschnitt, während sich die Bewertung amerikanischer Aktien nahe ihrer historischen Höchststände bewegte.

### **Kreditgenossenschaften**

In diesem herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfeld setzten die 646 Volksbanken und Raiffeisenbanken, PSD-Banken, Sparda-Banken sowie die sonstigen Genossenschaftsbanken mit ihren über 30 Millionen Privat- und Firmenkunden ihren Wachstumskurs im Geschäftsjahr 2025 im Kredit- und Einlagengeschäft fort. Im Vergleich zum Vorjahr legte das Kreditgeschäft eine positivere Entwicklung hin.

Die bilanziellen Kundenforderungen nahmen im Geschäftsjahr 2025 um 30 Milliarden Euro auf 827 Milliarden Euro zu (+3,8 %) und übertrafen damit den bereits robusten Vorjahreszuwachs (+2,6 % im Jahr 2024). Treiber der Entwicklung waren insbesondere langfristige Finanzierungen. Auch das Einlagengeschäft der Genossenschaftsbanken verzeichnete ein solides Plus. Es erreichte zum Jahresende 925 Milliarden Euro (+3,7 %). Die addierte Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken erhöhte sich um 32 Milliarden Euro auf 1.240 Milliarden Euro (+2,7 %).

Das Kreditgeschäft der Volksbanken und Raiffeisenbanken hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr positiv entwickelt. Die Wachstumsrate des Vorjahres konnte 2025 trotz der weiter andauernden gesamtwirtschaftlichen Schwäche übertroffen werden.

Treiber des Kreditwachstums bei den Genossenschaftsbanken sind nach wie vor die langfristigen Forderungen, welche im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 31 Milliarden Euro oder 4,3 % auf 748 Milliarden Euro zulegten.

Die Kreditbestände legten in den beiden Geschäftsfeldern Privat- und Firmenkundengeschäft zu. Die Kredite an Privatkunden insgesamt wuchsen per Ende 2025 um 14 Milliarden Euro (+3,8 %) auf 384 Milliarden Euro. Wohnbaukredite stellten auch in diesem Jahr mit 347 Milliarden Euro weiterhin 90 % aller Kredite an Privatkunden. In diesem Segment ließ sich eine Zunahme um 14 Milliarden Euro oder 4,3 % beobachten.

Ferner sicherten sich auch Unternehmen und Selbstständige sowie sonstige Firmenkunden angesichts der Unsicherheiten über den wirtschaftlichen Fortgang Liquidität und Kreditlinien über die Genossenschaftsbanken. Die Kredite an Firmenkunden und sonstige Kunden stiegen um 16 Milliarden Euro (+3,7 %) auf 443 Milliarden Euro.

Die Kundeneinlagen der Genossenschaftsbanken legten im Jahr 2025 weiter zu und erreichten zum Jahresende 925 Milliarden Euro, ein Anstieg um 33 Milliarden Euro oder 3,7 %.

Zulegen konnten vor allem die täglich fälligen Verbindlichkeiten, die einen kräftigen Anstieg um 35 Milliarden Euro oder 6,4 % auf 589 Milliarden Euro verzeichneten.

Die Umschichtung in höher verzinsten Termineinlagen fiel im Jahr 2025 deutlich verhaltener aus als im Vorjahr. Die Bestände an Termineinlagen erhöhten sich nur leicht auf 184 Milliarden Euro (+0,8 %). Während kurzfristige Zinsvorteile im Jahr 2024 zu einem außergewöhnlich starken Anstieg der Termineinlagen geführt hatten, ließ dieser Effekt im Berichtsjahr 2025 nach, unter anderem bedingt durch die geldpolitischen Rahmenbedingungen im Euroraum.

Das Volumen an Sparbriefen ging im Jahr 2025 zurück. Ihr Bestand verringerte sich um 6,2 % auf 25 Milliarden Euro. Auch die Spareinlagen verzeichneten einen weiteren, jedoch abgeschwächten Rückgang. Sie sanken auf 127 Milliarden Euro (-1,4 %). Die geringere Verzinsung klassischer Spareinlagen und die Präferenz für liquide oder festverzinsliche Alternativen trugen zu dieser Entwicklung bei.

Die Genossenschaftsbanken haben im Jahr 2025 ihre verlässliche Eigenkapitalbasis, die die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik widerspiegelt, weiter gestärkt. Das bilanzielle Eigenkapital stieg um 2 Milliarden Euro oder 3,7 % auf 69 Milliarden Euro. Sowohl ein Anstieg der Rücklagen als auch die Erhöhung der Geschäftsguthaben (gezeichnetes Kapital) leisteten hierzu einen Beitrag. Die Rücklagen legten um 3,3 % auf 50 Milliarden Euro zu, die Geschäftsguthaben wuchsen um 4,8 % auf 19 Milliarden Euro.

Die robuste Eigenkapitalausstattung stellt sicher, dass die Genossenschaftsbanken auch künftig in der Lage sind, die Kreditwünsche ihrer Privat- und Firmenkunden umfassend zu bedienen, insbesondere in Hinblick auf wichtige Investitionsbereiche wie Wohnungsbau, energetische Sanierungen sowie Digitalisierung. Angesichts der anhaltenden konjunkturellen Unsicherheiten bleibt die stabile Eigenkapitalbasis ein zentraler Pfeiler für die Widerstandsfähigkeit der Genossenschaftsbanken.

Der Konsolidierungsprozess unter den Instituten setzte sich gegenüber dem Vorjahr in einem ähnlichen Umfang fort. Die Zahl der selbstständigen Genossenschaftsbanken lag per Ende 2025 bei 646 Instituten. Sie sank fusionsbedingt um 26 Institute bzw. um -3,9 % im Vergleich zum Vorjahr. 47 Banken betrieben neben dem Bankgeschäft auch das Warengeschäft (Vorjahr: 49 Institute).

Die Zahl der Zweigstellen sank im zurückliegenden Jahr auf 6.167 (Veränderung zum Vorjahr -144 Zweigstellen, -2,3 %). Die Zahl der Bankstellen (Hauptstellen plus personenbesetzte Zweigstellen) sank um 170 (-2,4 %) auf 6.813 Bankstellen. Die Zahl der SB-Stellen sank um -96 oder -2,7 % auf 3.466 (Vorjahr: 3.562, Veränderung 2024/2023: -8,3 %).

### **Regionale Lage**

Die Volksbank liegt im Elbe-Weser-Dreieck. Angesiedelt zwischen Hamburg, Bremen und Cuxhaven umschließt das Geschäftsgebiet Teile der Landkreise Cuxhaven und Rotenburg (Wümme) sowie die Stadt Bremerhaven.

Der Arbeitsmarkt der Regionen verzeichnete per Dezember 2025 keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Für den Landkreis Cuxhaven fiel die Quote auf 5,9 % (Vorjahr 6,0 %). Dies liegt etwa auf Landes- (6,0 %) und nahe des Bundesdurchschnitts (6,2 %). Der Landkreis Rotenburg (Wümme) verzeichnete eine Arbeitslosenquote in Höhe von 3,9 % (Vorjahr 3,7 %), während die Stadt Bremerhaven eine Arbeitslosenquote von 14,1 % (Vorjahr 14,2 %) aufwies.

Die weiteren Auswertungen zu dem makroökonomischen Umfeld im Geschäftsgebiet basieren auf der Analyse der Landkreise Rotenburg (Wümme) und Cuxhaven sowie der Stadt Bremerhaven. Die Bevölkerung hat sich in den vergangenen 10 Jahren von 475.381 um 1,68 % auf 483.356 erhöht.

Die Kaufkraftkennziffer wies im Geschäftsgebiet einen Wert von 90,2 auf. Im Vergleich dazu betrug der Wert der Benchmark basierend auf der BVR-Regionalanalyse 98,6.

Von besonderer Bedeutung ist das Nahrungsmittelgewerbe, das Handwerk, die Logistik und die Landwirtschaft. Durch die Branchenstruktur kleiner und mittelständischer Betriebe werden hier Beschäftigungsmöglichkeiten geboten.

## **2. Finanzielle Leistungsindikatoren**

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Institutes auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Betriebsergebnisses vor Bewertung zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: "BE vor Bewertung/dBS") festgelegt. Die Kennzahl BE vor Bewertung/dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäftsvolumen, gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme. Wir definieren das Betriebsergebnis vor Bewertung als Saldo der ordentlichen Aufwendungen und Erträge aus dem Bankgeschäft. Diese Leistungskennzahl soll einen Wert von mindestens 0,90 % ausmachen. Bewertungsergebnisse aus dem Wertpapier- und Kundenkreditgeschäft sind nicht enthalten.

Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz oder Produktivität unseres Instituts wurde die Cost Income Ratio (nachfolgend: "CIR") bestimmt. Sie stellt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen (inkl. der sonstigen betrieblichen Aufwendungen) zum Zins- und Provisionsergebnis sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge dar und soll sich auf unter 68,0 % belaufen.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die aufsichtsrechtlich festgelegte harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR. Sie stellt das Verhältnis des harten Kernkapitals zum Gesamtrisikobetrag dar. Ein strategisches Ziel ist eine Kernkapitalquote von mindestens 16,0 %.

Die Darstellung, Analyse und Beurteilung der einzelnen finanziellen Leistungsindikatoren erfolgt in den nächsten Abschnitten.

### 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2025 stellt sich wie folgt dar:

Unser Betriebsergebnis vor Bewertung verbesserte sich von TEUR 19.644 auf TEUR 24.377. Geplant war ein Betriebsergebnis vor Bewertung von TEUR 20.424. Die Rentabilitätskennzahl BE vor Bewertung/dBS betrug 1,04 % und erhöhte sich im Vorjahresvergleich mit 0,87 % um 0,17 Prozentpunkte. Die CIR lag im Geschäftsjahr 2025 bei 64,6 % (Vorjahr: 68,4 %). Die prognostizierte CIR lag bei 69,4 % und stellt sich somit besser als in der Planung dar.

Die harte Kernkapitalquote belief sich auf 14,6 %.

	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	2.307.647	2.292.790	14.858	0,6
Außerbilanzielle Geschäfte <sup>1)</sup>	110.273	101.870	8.403	8,2

<sup>1)</sup> Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig erhöht.

Die außerbilanziellen Geschäfte liegen über dem Vorjahresniveau, da sich die unwiderruflichen Kreditzusagen erhöht haben.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	1.672.484	1.655.345	17.139	1,0
Wertpapieranlagen	354.250	290.969	63.281	21,7
Forderungen an Kreditinstitute	164.537	232.836	-68.299	-29,3

Der Anteil des Kundenkreditgeschäfts im Privatkundenbereich beträgt 45,6 %, der Anteil des Firmenkundenkreditgeschäfts liegt bei 54,4 %.

Im Geschäftsjahr ist das Kundenkreditgeschäft auf Vorjahresniveau. Der Schwerpunkt unseres Kreditgeschäftes liegt im Bereich der Privatkunden insbesondere bei privaten Immobilienfinanzierungen, die rund 89,9 % ausmachen.

Die Kreditvergabe an Firmenkunden betraf schwerpunktmäßig Unternehmensfinanzierungen des regionalen Mittelstands. Im gewerblichen Bereich dominieren Kreditvergaben an Grundstücks- und Wohnungswesen (26,1 %), Land- und Forstwirtschaft (23,6 %) und das Baugewerbe (14,5%).

32,6 % der von uns ausgereichten Kredite bewegen sich in den Größenklassen zwischen 75 TEUR und 350 TEUR. Die in der darunterliegenden Größenklassen beträgt der Anteil 6,8 %. In der Größenklasse größer 350 TEUR und kleiner 2,5 Mio. EUR liegt der Anteil bei 32,7 %. Die verbleibenden 27,9 % befinden sich in der Größenklasse oberhalb 2,5 Mio. EUR.

Die Veränderung der Wertpapieranlagen ist maßgeblich geprägt durch die Umschichtung der täglich fälligen Gelder bei unserer Zentralbank in Wertpapierinvestitionen.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	288.879	298.340	-9.461	-3,2
Spareinlagen	298.981	321.716	-22.735	-7,1
andere Einlagen	1.408.603	1.380.430	28.173	2,0

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 9.461 TEUR. Bei den Spareinlagen ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, der auf Umschichtungen in die anderen Einlagen zurückzuführen ist. Die anderen Einlagen weisen einen Anstieg von 2,0 % auf. Dies betrifft die Sichteinlagen und die Termineinlagen.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	1.584	1.361	223	16,4
Vermittlungserträge	6.504	6.704	-201	-3,0
Erträge aus Zahlungsverkehr	12.155	10.638	1.516	14,3

Das Dienstleistungsgeschäft ist für die Geschäftstätigkeit unserer Bank von großer Bedeutung.

In der Gesamtheit belaufen sich die Provisionserträge auf 21,3 Mio. EUR nach 19,8 Mio. EUR im Vorjahr. Die Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft und die Vermittlungserträge sind in ihrer Gesamtheit um 22 TEUR über dem Vorjahresniveau.

Bei den Erträgen aus dem Zahlungsverkehr ist ein Plus von 1.516 TEUR zu verzeichnen. Die Steigerung resultiert aus der Modellierung der Kontomodelle für Privat- und Firmenkunden.

#### 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

##### a) Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft haben sich im Vorjahresvergleich wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss <sup>1)</sup>	47.030	42.828	4.202	9,8
Provisionsüberschuss <sup>2)</sup>	19.632	18.139	1.493	8,2
Sonstige betriebliche Erträge	2.333	2.671	-338	-12,6
Verwaltungsaufwendungen	41.387	40.434	954	2,4
a) Personalaufwendungen	26.553	25.189	1.364	5,4
b) andere Verwaltungsaufwendungen	14.835	15.244	-410	-2,7
Abschreibungen auf Anlagen	2.510	2.058	453	22,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	653	696	-44	-6,3
Betriebsergebnis vor Bewertung	24.377	19.644	4.732	24,1
Bewertungsergebnis <sup>3)</sup>	-3.872	-5.587	1.716	-30,7
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	20.570	14.858	5.713	38,4
Steueraufwand	5.546	4.074	1.472	36,1
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	8.000	5.000	3.000	60,0
Jahresüberschuss	7.024	5.783	1.241	21,5

<sup>1)</sup> GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

<sup>2)</sup> GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

<sup>3)</sup> Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Das Zinsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9,8 % erhöht. Ursächlich sind geringere Zinsaufwendungen aufgrund der mehrfachen Zinssenkungen der EZB. Die Zinserträge konnten durch Umschichtungen von kurzfristigen Geldern in Wertpapieranlagen und zusätzliche Ausschüttungen aus dem Spezialfonds bzw. aus einer Beteiligung gesteigert werden. Die durchschnittliche Verzinsung aus dem Kundenkreditgeschäft blieb auf Vorjahresniveau, während der geplante Zinsaufwand geringer als prognostiziert ausfiel. Das für das Geschäftsjahr 2025 geplante Zinsergebnis (+2,3 Mio. EUR) konnte um 1,9 Mio. EUR übertroffen werden.

Das Provisionsergebnis konnte um 1.493 TEUR erhöht werden. Die Steigerung resultiert in erster Linie aus der Modellierung der Kontomodelle für Privat- und Firmenkunden. Damit konnten wir den Planwert in Höhe von 1,7 Mio. EUR nicht ganz erreichen.

Die Entwicklung der Ertragskomponenten Zins- und Provisionsüberschuss zeigt auf, dass das operative Geschäft trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2025 eine positive Entwicklung genommen hat.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 338 TEUR zurückgegangen. Begründet ist dies durch einen Sondereffekt aus dem Vorjahr, der im Berichtsjahr nicht anfielen. Die Mieterträge aus dem Immobiliengeschäft betragen 955 TEUR.

Der Personalaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von Tarifsteigerungen um 1.364 TEUR erhöht. Dabei wurde die von uns prognostizierte Tarifsteigerung von 7,5 % unterschritten. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 410 TEUR zurückgegangen. Damit wurde das Ziel konstante Sachaufwendungen übererfüllt.

Die Abschreibungen auf Anlagen sind um 22,0 % gestiegen. Dies ist begründet aufgrund von marktbedingten Sonderabschreibungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bewegen sich auf Vorjahresniveau.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung konnte um 24,1 % Prozentpunkte auf 24.377 TEUR gesteigert werden. Dies ist die Folge des höheren Zinsüberschusses und den geringeren Verwaltungsaufwendungen. Damit wurde unser erwartetes Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 20.424 TEUR um 3,9 Mio. EUR übertroffen.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kredit- und Wertpapiergeschäft weist im Berichtsjahr ein negatives Ergebnis aus. Dies resultiert in erster Linie aus dem Kundenkreditgeschäft.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist um 38,4 % gestiegen. Folglich konnte der Jahresüberschuss auf 7.024 TEUR erhöht werden.

## **b) Finanzlage**

### **Kapitalstruktur**

Die Kapitalstruktur der Bank ist im Wesentlichen geprägt durch die Kundeneinlagen. Im Berichtsjahr ist eine Erhöhung von 5.438 TEUR zu verzeichnen. Der Anteil der Kundeneinlagen an der Bilanzsumme ist mit 74,0 % hoch. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind geprägt durch zweckgebundene Refinanzierungsmittel und Refinanzierungsdarlehen bei der DZ BANK.

## **Investitionen**

Unsere Investitionen in Sachanlagen umfassten insbesondere Baumaßnahmen zum Aufbau eines renditeorientierten Bestandsimmobilien-Portfolios. Insgesamt ist der Bestand zum Jahresende mit einem Buchwert von 31,6 Mio. EUR aktiviert.

Darüber hinaus haben wir uns mit einem Anteil von 50,0 % an der Bauerschließungsgesellschaft "Bauen im Cuxland GmbH" beteiligt (12,5 TEUR). Die Aktivitäten dieser Gesellschaft werden überwiegend über Kreditmittel finanziert.

Weiterhin besteht eine offene Kapitaleinlage in unser Tochterunternehmen der ZVB Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH & Co KG in Höhe von 57,8 TEUR. Unsere bisher geleistete Einlage beläuft sich auf 1.492,2 TEUR. Die Gesellschaft beteiligt sich an Projekten zur Erzeugung von erneuerbaren Energien.

## **Liquidität**

Die Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur der Bank ist maßgeblich geprägt durch das Kundengeschäft als Basis der Liquiditätsausstattung.

Die Zahlungsfähigkeit unseres Instituts war im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Art, Höhe und Fristigkeit gegeben. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wiesen im Berichtszeitraum 2025 einen Wert von mindestens 147,5 % aus. Zum Bilanzstichtag lag die Stresskennzahl bei 153,1 %.

Zusätzlich haben wir interne Grenzen festgelegt, die den etwaigen Liquiditätsengpass definieren und an den gewünschten Überlebenshorizont gekoppelt sind.

Bei Liquiditätsschwankungen kann die Bank auf hochliquide Aktiva und ausreichende Liquiditätsreserven auch in Form von Bankguthaben zurückgreifen. Durch die Einbindung in die Genossenschaftliche Finanzgruppe Volksbanken Raiffeisenbanken und die Refinanzierungsfazilitäten der EZB bestehen weitere Refinanzierungsmöglichkeiten.

Erhöhte Liquiditätsbelastungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen haben sich nicht ergeben. Die Mindestreserveverpflichtungen wurden jederzeit erfüllt.

Vor diesem Hintergrund ist die Fähigkeit unseres Hauses zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen jederzeit gesichert. Die aufsichtlichen Anforderungen an die Berichterstattung über die Liquidität nach Teil 6 der CRR wurden beachtet.

## **c) Vermögenslage**

Die Eigenkapitalstruktur der Bank ist geprägt von Geschäftsguthaben der Mitglieder und erwirtschafteten Rücklagen und dem Fonds für allgemeine Rücklagen. Im Geschäftsjahr wurde das Eigenkapital durch Zuführung zu den Rücklagen, zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gestärkt. Das bilanzielle Eigenkapital hat sich von 274,1 Mio. EUR auf 292,6 Mio. EUR erhöht.

Die in unserem Institut getroffenen Vorkehrungen zur ordnungsgemäßen Ermittlung des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals im Rahmen der bankaufsichtlichen Meldungen sind erfüllt. Nach den vertraglichen sowie satzungsmäßigen Regelungen erfüllen die angesetzten Kapitalinstrumente die Anforderungen der CRR zur Anrechnung als aufsichtsrechtlich anerkanntes Kern- und Ergänzungskapital.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beläuft sich auf 0,30 %.

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz <sup>1)</sup>	292.628	274.111	18.516	6,8
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	297.797	279.896	17.900	6,4
Harte Kernkapitalquote	14,6 %	16,0 %		
Kernkapitalquote	14,6 %	16,0 %		
Gesamtkapitalquote	15,8 %	17,2 %		

<sup>1)</sup> Hierzu rechnen die Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten), 10 (Genussrechtskapital), 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Das Eigenkapital laut Bilanz konnte um 18,5 Mio. EUR gesteigert werden. Die Gesamtkapitalquote weist einen Wert von 15,8 %, die über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen liegt. Die geplante Gesamtkapitalquote in Höhe von 16,5 % konnte nicht erreicht werden.

Die Wertpapieranlagen der Genossenschaft entwickelten sich wie folgt:

Wertpapieranlagen	Berichtsjahr	2024	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	214.858	238.703	-23.845	-10,0
Liquiditätsreserve	139.392	52.266	87.126	166,7

Von den Wertpapieranlagen entfällt ein Anteil von 73,5 % auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 26,5 % auf Anteile unseres Spezialfonds (Aktivposten 6).

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere im Aktivposten 5 wurden zu 43,7 % dem Anlagevermögen zugeordnet und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dadurch wurden Abschreibungen in Höhe von 1,9 Mio. EUR (Vorjahr 3,2 Mio. EUR) vermieden.

Im Wertpapierbestand sind zu 87,2 % festverzinsliche und zu 12,8 % variabel verzinsliche Wertpapiere (jeweils ohne Berücksichtigung der Zinsabgrenzung) von Emittenten guter Bonität enthalten. Davon entfallen 78,0 Mio. EUR auf öffentliche Emittenten, 135,0 Mio. EUR auf Kreditinstitute und 47,3 Mio. EUR auf Nichtbanken. Alle Wertpapiere lauten auf Euro und wurden zu 77,0 % von inländischen und zu 33,0 % von ausländischen Emittenten aufgelegt. Wesentliche Veränderungen in der Struktur sowie Bonitätseinstufung bei den Wertpapieranlagen haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht ergeben.

Der Aktivposten 6 beinhaltet Anteile an unserem Spezialfonds in Höhe von 94,0 Mio. EUR welche dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

## **5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage**

Insgesamt beurteilen wir die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses im Vergleich zum Vorjahr als gut. Das Wachstum des für die Bank wichtigsten Geschäftsbereichs, dem Geschäft mit Kunden überwiegend aus der Region setzte sich fort.

Beim bilanziellen Kreditgeschäft wurde die Wachstumserwartungen aus der Eckwertplanung erreicht. Im Kundeneinlagengeschäft konnte der Rückgang der Spareinlagen nicht vollständig in der Bilanz platziert werden, sodass der bilanzielle Planwert nicht erreicht wurde.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus, da die aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowohl im Vorjahr als auch im Geschäftsjahr eingehalten wurden. Für erkennbare Risiken in den Kundenforderungen sind Wertberichtigungen gebildet worden.

Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen. Vor dem Hintergrund eines leicht gestiegenen Geschäftsvolumens hat sich die Ertragslage der Bank verbessert.

## **C. Risiko- und Chancenbericht**

### **Risikomanagementsystem und -prozess**

Unsere im Risikohandbuch dokumentierte Geschäfts- und Risikostrategie basiert auf einem Strategieprozess und ist ausgerichtet auf das Kundengeschäft mit Mitgliedern und Kunden aus unserer Region. Wesentliche Bestandteile der Geschäftsstrategie sind die aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleiteten Teilstrategien für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten Vertrieb und Handelsgeschäfte.

Konsistent zu unserer Geschäfts- und Risikostrategie wurde eine Unternehmensplanung entwickelt, die eine langfristige und umfassende Begleitung unserer Mitglieder und Kunden im Hinblick auf Finanzierungswünsche, Vermögensanlagen und Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sicherstellt.

Mit Hilfe einer strategischen Eckwert- und Kapitalplanung für einen Zeitraum von 5 Jahren steuern wir die Entwicklung unseres Instituts. Die Annahmen für die Markt- und Volumenentwicklungen erfolgen hierbei durch Experten auf Basis von Marktprognosen. Die abgeleiteten Ertrags- und Vermögenswirkungen werden anhand von Simulationsrechnungen mit Unterstützung der Steuerungssoftware VR-Control ermittelt.

Die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Teilstrategien werden im Rahmen des von uns festgelegten Strategieprozesses regelmäßig und ggf. anlassbezogen überprüft. Das von uns verwendete Strategiemodell zeigt den organisatorischen Rahmen für die Strategieüberprüfung und für die Vernetzung der strategischen und operativen Gesamtbanksteuerung auf.

Ziel unserer Risikostrategie ist nicht die vollständige Vermeidung von Risiken, sondern das bewusste Eingehen von Risiken unter Wahrung eines Risiko-/Chancenprofils.

Wir haben ein System zur Früherkennung von Risiken implementiert. Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte im Bankgeschäft sehen wir dies als eine zentrale Aufgabe an. Die zuständigen Organisationseinheiten berichten unmittelbar an den Vorstand. In diesem Rahmen ist ein Risikocontrolling- und Managementsystem mit entsprechenden Instrumenten eingerichtet, um bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einleiten zu können.

Ziel des Risikomanagements unserer Bank ist es, Risiken, die den Erfolg wesentlich beeinflussen oder gar den Fortbestand gefährden können, frühzeitig zu erkennen sowie umfassend zu messen, zu überwachen und zu steuern. Integraler Bestandteil ist dabei die fortlaufende Sicherstellung der Risikotragfähigkeit. Die Planung und Steuerung der Risiken erfolgt auf Basis der Risiko- und Liquiditätstragfähigkeit der Bank unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie.

Die Bestimmung unserer Risikotragfähigkeit erfolgt sowohl in einer normativen als auch in einer ökonomischen Perspektive als komplementäre, sich ergänzende Ansätze. Unsere zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen somit das Ziel der Fortführung unseres Instituts (normative Perspektive), als auch den Schutz unserer Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht (ökonomische Perspektive).

Die Risikotragfähigkeit ermitteln wir in der ökonomischen Perspektive. Die ökonomische Perspektive, die in unserem Institut barwertnah ermittelt wird, stellt die Gegenüberstellung des ermittelten Risikodeckungspotenzials (RDP) mit den konsistent dazu ökonomisch ermittelten Risikowerten dar.

Zur Ermittlung des freien RDP legen wir auf Basis des ermittelten RDP im Rahmen unseres Strategie und Limitierungsprozesses einmal im Jahr unser Gesamtbankrisikolimit fest.

Wir ermitteln unser freies RDP zum jeweiligen Stichtag und beurteilen, ob es ausreichend hoch ist. Dabei beziehen wir den festgelegten Risikoappetit sowie die Schwankungen des RDP (z. B. verursacht durch Marktwertschwankungen der RDP-Bestandteile) mit ein.

Anbei eine Übersicht über das freie bzw. "nicht vergebene" RDP der Bank zum Stichtag 31.12.2025:

Position	TEUR
+ Risikodeckungsmasse	423.959,3
- Abzugsposten	44.163,9
<b>= Risikodeckungspotenzial</b>	<b>379.795,4</b>
- Vergebene Limite	170.000,0
<b>= Nicht vergebenes Risikobudget (Risikoszenario)</b>	<b>209.795,4</b>
- Vergebene Limite	300.000,0
<b>= Nicht vergebenes Risikobudget (Stressszenario)</b>	<b>79.795,4</b>

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive betrachten wir die Einhaltung regulatorischer Anforderungen. Diese umfassen insbesondere die Kapitalgrößen wie Kapitalanforderungen sowie Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, wie beispielsweise die Höchstverschuldungsquote und die Großkreditgrenzen. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern der ermittelte Kapitalbedarf die Einhaltung der Kapitalquoten bewirkt und die sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden.

Die normative Perspektive bilden wir ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeithorizont von 5 Jahren ab. In dieser wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs im Rahmen einer mehrjährigen Kapitalplanung bestimmt. Neben einem Planszenario werden mögliche abweichende Entwicklungen wie z. B. Bonitätsverschlechterungen im Kundenkreditgeschäft in einem adversen Szenario berücksichtigt.

Die Risikomessung für die in der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risikoklassen erfolgt mithilfe geeigneter Value-at-Risk (VaR)-Modellen mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem einheitlich rollierenden Risikohorizont von 12 Monaten. Bei den Risikoklassen, für die kein statistisches Verlustverteilungsmodell verwendet wird, erfolgt eine expertenbasierte Risikoeinschätzung, die dem Ausmaß nach dem 99,9 Prozentquantil entspricht.

Die Ermittlung der Liquiditätstragfähigkeit erfolgt ebenfalls in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive anhand von aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen sowie einer Überwachung des Überlebenshorizonts.

Die Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik entsprechen den Anforderungen des Artikels 435 CRR. Die Risikomanagementziele und -strategien werden dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Die eingerichteten Systeme und Verfahren des Risikomanagements sind dem Profil und der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank sowie ihrer Größe angemessen und entsprechen den Anforderungen der MaRisk.

## **Risiken**

Als Risiko definieren wir die negative Abweichung vom erwarteten Ergebnis bzw. Planwert aufgrund von Unsicherheit. Zur Beurteilung der Wesentlichkeit von möglichen Risiken verschafft sich unsere Geschäftsleitung, einmal im Jahr im Rahmen der Risikoinventur sowie anlassbezogen, einen Überblick über die Risiken unserer Bank auf Gesamtinstitutsebene. Dabei werden auch übergreifende Risiken wie das Modell-, Reputations- und Nachhaltigkeitsrisiko sowie Risikokonzentrationen in der Wesentlichkeitsbewertung der einzelnen Risikoklassen berücksichtigt.

Zum Abschlussstichtag werden das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko, das Liquiditätsrisiko sowie das Immobilienpreisrisiko als wesentliche Risiken bewertet. Neu hinzugekommen ist das Kreditspreadrisiko als Unterartenrisiko des Kreditrisikos.

Für unsere Risikobeurteilung zum Abschlussstichtag legen wir konsistent zum Prognosezeitraum einen Zeitraum von einem Jahr zugrunde, in dem auch das Vorliegen von bestandsgefährdenden Risiken beurteilt wird.

Bestandsgefährdende Risiken (wesentliche Risiken mit hohen Auswirkungen) liegen für den hier zugrunde gelegten Beurteilungszeitraum von einem Jahr nicht vor.

Zum Zwecke der Risikoberichterstattung sind feste Kommunikationswege und Informationsempfänger bestimmt.

Die für die Risikosteuerung relevanten Daten werden vom Risikocontrolling zu einem internen Berichtswesen aufbereitet und verdichtet. Die Informationsweitergabe erfolgt entweder im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung oder in Form einer Ad-hoc-Berichterstattung.

### **Adressenausfallrisiken bzw. Kreditrisiko**

Das Kreditrisiko beschreibt die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern, der Ratingmigration und / oder der adressbezogenen Spreadveränderung entstehen.

Es umfasst das Kreditrisiko im Kundengeschäft und im Eigengeschäft.

Das Kreditrisiko Eigengeschäft wird differenziert zwischen Risiken im Direktbestand und Risiken aus dem Fondsbestand. Des Weiteren erfolgt jeweils ein Unterausweis der Kreditspreadrisiken. Das Kreditspreadrisiko wird definiert als das Risiko, dass sich aus der Veränderung des Aufschlags für Wertpapiere im Vergleich zu einer risikolosen Anlage ergibt.

Das Kreditrisiko aus dem Kundengeschäft stufen wir als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein. Auf Grundlage der Risikoinventur unseres Instituts kann das Risiko mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten und hat ein hohes Schadenspotenzial mit entsprechend wesentlicher Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Zur Steuerung des Kreditrisikos setzen wir im Kundengeschäft Ratingsysteme zur Beurteilung der Bonität einzelner Engagements ein (im Wesentlichen VR-Rating der parclT). Mit Hilfe der Steuerungssoftware VR-Control können wir ungünstige Entwicklungen im Kreditportfolio rechtzeitig identifizieren und frühzeitige Maßnahmen einleiten.

Das barwertige Kreditportfoliomodell im Kundengeschäft (KPM KG) ist ein Simulationsmodell, d. h. durch eine große Anzahl von Zufallszahlen und Simulationsläufen wird eine Wertänderungsverteilung erzeugt.

Potenzielle unerwartete Verluste aus der Migration werden in der Berechnung des Portfoliorisikos miteinbezogen.

Die Kreditrisikoprämienkalkulation erfolgt unter Einbeziehung von Verlustquoten (LGD). Diese ermöglichen eine differenzierte Betrachtung von Verlusten unter Einbeziehung von u. a. Wiedergesundungs-, Verwertungs- und Einbringungsquoten. Die Verlustquoten fließen daher über die Eingangsgröße "Kreditrisikoprämie EL KM" mit Verwendung des KPM KG in die Risikosteuerung ein.

Der unerwartete Verlust (Credit Value-at-Risk) wird innerhalb der Risikotragfähigkeit der Bank einem vordefinierten Risikolimit als Steuerungsgröße gegenübergestellt. Zum Stichtag 31.12.2025 lag der Risikowert der Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft bei 20,15 Mio. EUR und das Limit bei 26,0 Mio. EUR. Die Limitauslastung lag somit bei 77,5 %.

Das Kreditrisiko aus dem Eigengeschäft stufen wir als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein. Auf Grundlage der Risikoinventur unseres Instituts kann das Risiko mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten und hat ein hohes Schadenspotenzial mit entsprechend wesentlicher Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Das Kreditrisiko bei Eigenanlagen wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption der Bank monatlich mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Eigengeschäfte (KPM EG) ermittelt. Grundlage der Berechnungen sind verschiedene Marktpartnersegmente, die differenzierte Spread- und Ratingmigrationen, Spreadverteilungen sowie Migrationsmatrizen aufweisen.

Bei den Eigenanlagen nutzen wir für Wertpapiere die Ratinginformationen der DZ BANK AG auf Basis externer Ratingagenturen und bei den Fonds die Risikoinformationen der Fondsgesellschaft Union Investment.

Auch hier werden die Risikoentwicklungen im Rahmen von VR-Control über ein Portfoliomodell überwacht.

Kreditrisiken aus Fonds werden mittels einer von der Kapitalanlagegesellschaft ermittelten Ex-ante-Value-at-Risk-Kennziffer berücksichtigt, die nur das Kreditrisiko abbildet.

Der unerwartete Verlust (Value-at-Risk) wird innerhalb der Risikotragfähigkeit der Bank einem vordefinierten Risikolimit als Steuerungsgröße gegenübergestellt. Zum Stichtag 31.12.2025 lag der Risikowert der Kreditrisiken aus Eigenanlagen bei 20,35 Mio. EUR bei einem Limit von 28,5 Mio. EUR. Die Limitauslastung lag somit bei 71,4 %.

### **Marktpreisrisiken bzw. Marktrisiken**

Das Marktpreis- bzw. Marktrisiko beschreibt die Gefahr, dass aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern Verluste entstehen können. Marktrisiken umfassen Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie sonstige Marktrisiken.

Das Marktrisiko wird differenziert zwischen Risiken im Zinsbuch und im Fondsbuch. Des Weiteren erfolgt Ausweis des Aktienrisikos aus dem Fondsbestand.

Das Marktrisiko stuft die Bank anhand der Risikoinventur als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein, mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit und einem hohen potenziellen Schaden, der sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage maßgeblich auswirken kann.

Das Aktienrisiko als Teil des Marktrisikos wurde im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich eingestuft, während das Währungsrisiko als unwesentlich eingestuft wurde.

Für die Risiko- und Stressmessung im Rahmen der barwertigen Zinsänderungsrisiken nutzt die Bank das VR-Control-Programm Zinsmanagement. Hier wird eine historische Simulation auf Basis des Barwertresamplings, ausgehend vom Datenstichtag, für einen festzulegenden Beobachtungszeitraum rollierende Datenhistorie in Ein-Tages-Veränderungen zerlegt und hieraus eintägige Szenarien ohne Spiegelungen erstellt, für die schließlich eintägige Barwertveränderungen berechnet werden. Auf Basis dieser Barwertveränderungen wird sodann über den Resamplingansatz auf Zufallsbasis der erforderliche Risikobetrachtungshorizont von 250 Tagen abgebildet und ein empirisches 99,9 Prozentquantil aus der "geresampelten" Barwertverteilung ermittelt. Auf Basis dieses Verfahrens erfolgt die Ermittlung eines zusätzlichen Aufschlages, der die Risikosituation der Bank widerspiegelt. Das Verfahren wird sowohl für die Messung des Risikoszenarios als auch für den Stresstest genutzt.

Für die Bemessung der Marktrisiken für Fonds stützt sich die Bank auf Risikokennzahlen, die durch den Verbundpartner Union Investment zur Verfügung gestellt werden.

Zum Stichtag 31.12.2025 lag der Risikowert für Marktrisiken bei 75,48 Mio. EUR bei einem Limit von 97,0 Mio. EUR. Die Limitauslastung lag somit bei 77,8 %.

## **Liquiditätsrisiko**

Liquiditätsrisiken können in Form des Zahlungsunfähigkeitsrisikos, des Refinanzierungskostenrisikos und des Marktliquiditätsrisikos auftreten.

Zahlungsunfähigkeitsrisiken treten ein, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können. Refinanzierungsrisiken entstehen, wenn die Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann oder die Refinanzierungsmittel nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen.

Marktliquiditätsrisiken treten ein, wenn Anlagen nicht zum gewünschten Zeitpunkt oder in der geplanten Höhe liquidiert werden können.

Die Bank erachtet das Liquiditätsrisiko insgesamt als wesentlich im Sinne des Aufsichtsrechts und als betriebswirtschaftlich hohes Risiko. Zwar tritt das Risiko nach unserer Einschätzung mit lediglich geringer Wahrscheinlichkeit ein, zeichnet sich in Bezug auf die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jedoch durch ein hohes Schadenspotenzial aus.

Liquiditätsablaufbilanzen dienen als Frühwarnindikator für eine mögliche Zahlungsunfähigkeit und stellen in Verbindung mit dem Liquiditätspotenzial den sogenannten "Überlebenshorizont" dar. Stresstests führen wir anhand institutseigener, marktweiter und kombinierter Szenarien für die mengenorientierten Liquiditätsrisiken (Zahlungsunfähigkeitsrisiken) durch.

Liquiditätsrisiken werden darüber hinaus von der Bank anhand von Fälligkeitslisten, Cashflow-Ermittlungen sowie täglicher Einsicht in die Liquiditätskonten überwacht.

Das Liquiditätsrisiko wird u.a. anhand der aufsichtlichen Liquiditätskennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR) überwacht. Unsere Risikotoleranz haben wir über die Festlegung einer Mindestquote von 120 % definiert.

Des Weiteren wurde eine Warngrenze von 140 % definiert.

Für die Net Stable Funding Ratio (NSFR) wurde bankseitig eine Mindestquote von 108 % festgelegt. Des Weiteren wurde eine Warngrenze von 112 % definiert.

Zur Begrenzung von Abruftrisiken sind Strukturlimite implementiert.

Im Risikotragfähigkeitskonzept der Bank werden preisorientierte Liquiditätsrisiken (Refinanzierungskostenrisiken) monatlich ermittelt. Dabei wird die Barwertdifferenz zwischen einer liquiditätsneutralen Zinsstrukturkurve (Swap-3-Monats-Tenor) und einer liquiditätsbehafteten Zinsstrukturkurve (DZ BANK) zzgl. eines Liquiditätsspreads ermittelt. Als Berechnungsgrundlage für die Liquiditätsspreads dienen die historischen Geld- und Kapitalmarktsätze der letzten 10 Jahre (rollierend) der jeweiligen Zinsstrukturkurven.

Die Barwertdifferenz ohne Liquiditätsspreads wird als erwarteter Verlust (Liquiditätsprämienbarwert) definiert und die Barwertdifferenz mit Liquiditätsspreads stellt somit das Risiko dar.

Der unerwartete Verlust (Barwertdifferenz mit Liquiditätsspreads) wird innerhalb der Risikotragfähigkeit der Bank einem vordefinierten Risikolimit als Steuerungsgröße gegenübergestellt. Zum Stichtag 31.12.2025 lag der Risikowert der Liquiditätsrisiken bei 2,73 Mio. EUR und das Limit bei 4,0 Mio. EUR. Die Limitauslastung lag somit bei 68,2 %.

## **Operationelles Risiko**

Operationelle Risiken betreffen die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen oder Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Anhand der Risikoinventur stufen wir das operationelle Risiko als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein. Das Risiko hat eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit und ein hohes Schadenspotenzial.

Die Bank hat eine einheitliche Festlegung und Abgrenzung der operationellen Risiken zu den anderen betrachteten Risikokategorien vorgenommen und diese in den Organisationsrichtlinien (Risikohandbuch) fixiert und kommuniziert. Die Abgrenzung umfasst auch den Umgang mit nicht eindeutig zuordenbaren Schadensfällen, Beinaheverlusten und damit zusammenhängenden Ereignissen.

Wesentliche operationelle Risiken werden jährlich identifiziert und analysiert. Hierzu wird auf eine Schadensfalldatenbank zurückgegriffen, in die eingetretene Schäden eingestellt werden.

Das IT-Risiko stellt ein spezielles operationelles Risiko dar. Hier betrachten wir insbesondere die Teilbereiche "Zentrales Rechenzentrum" und "IT-Risiken Bank". Über die IT-Risiken, die das Rechenzentrum betreffen, erhalten wir regelmäßige Berichte vom IT-Dienstleister einschließlich Darstellung der eingeleiteten Maßnahmen bei Problemen. Über die Beseitigung der im Rahmen von Sonderprüfungen durch die Finanzaufsicht ermittelten Mängel beim IT-Dienstleister wurde zeitnah an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Für alle wesentlichen Schadensereignisse besteht ein umfassender Versicherungsschutz. Betriebliche Notfallplanungen wurden insbesondere auf die Anforderungen aus dem IT-Bereich abgestimmt. Darüber hinaus wurden innerhalb der Bank Maßnahmen festgelegt, um etwaige operationelle Risiken entgegenzuwirken (z. B. durch Kompetenzen oder fest definierte Arbeitsabläufe).

Rechtlichen Risiken begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare, die Inanspruchnahme juristischer Beratung im Fall von Rechtsstreitigkeiten und individuellen Verträgen.

Wir beziehen die operationellen Risiken in das gesamtbankbezogene Limitsystem unter Betrachtung verschiedener Szenarien ein. Der verbarwertete Erwartungswert definiert den erwarteten Verlust der operationellen Risiken. Zur Messung des Risikos nutzen wir die Anwendung agree21ORM.

Der unerwartete Verlust wird innerhalb der Risikotragfähigkeit der Bank einem vordefinierten Risikolimit als Steuerungsgröße gegenübergestellt. Zum Stichtag 31.12.2025 lag der Risikowert bei 1,75 Mio. EUR und das Limit bei 2,5 Mio. EUR. Die Limitauslastung lag somit bei 70,2 %.

### **Immobilienrisiken**

Das Immobilienrisiko entsteht aus einer nachteiligen Entwicklung des Objekts und Erträgen von Immobilienpositionen (Direktanlagen, Fondsinvestments und eigengenutzte Immobilien) in Bezug zu ihrem Erwartungs- bzw. Planwert. Das Immobilienrisiko teilt sich in die Komponenten Wertänderungs-, Ertrags- und Mietausfallrisiko auf. Außerhalb der Risikoquantifizierung betrachten wir weitere Konstellationen im Zuge der qualitativen Würdigung des Immobilienrisikos. Dazu zählen Kapitalzusagen für geplante Projektentwicklungen (Projektkosten) sowie Bau- und Instandhaltungskosten.

Für die Risikotragfähigkeit der Bank ist aufgrund des Stichtagsprinzips der ökonomischen Sichtweise lediglich das Wertänderungsrisiko relevant.

Mit Blick auf den geschäftspolitisch gewollten Ausbau des Geschäftsfeldes Immobilien stufen wir aufsichtsrechtlich das Immobilienrisiko als wesentliches Risiko und betriebswirtschaftlich hoch ein.

Zur Ermittlung des Risikos nutzen wir das parclT okular-Tool "IRIS".

Die Berechnung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis des Wertänderungsrisikos. Die Mietausfallrisiken sind implizit im Wertänderungsrisiko enthalten, da diese Einfluss auf die Objektwerte haben.

Innerhalb des okular-Tools "IRIS" werden die Immobilienfonds (oder Anteile) gemäß dem Ertragswertverfahren (ImmoRisk EWW) auf Basis der gelieferten Kennzahlen der Union Investment ermittelt. Die Direktbestände und eigengenutzten Immobilien der Bank werden auf Basis des Faktormodells quantifiziert.

Der Risikowert (bezogen auf das Wertänderungsrisiko) wird innerhalb der Risikotragfähigkeit der Bank einem vordefinierten Risikolimit als Steuerungsgröße gegenübergestellt. Zum Stichtag 31.12.2025 lag der Risikowert der Immobilienrisiken bei 8,5 Mio. EUR und das Limit bei 12,0 Mio. EUR. Die Limitauslastung lag somit bei 71,0 %.

## **Weitere Risiken**

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur wurden alle bankspezifischen und nicht bankspezifischen Risiken hinsichtlich der Wesentlichkeit analysiert. Aufgrund der durchgeführten Untersuchungen stufen wir alle sonstigen Risiken als unwesentlich ein.

## **Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Finanzinstrumente werden in unserem Hause nicht eingesetzt.

## **Gesamtbild der Risikolage**

Auf Grundlage unserer Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung der Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven (ökonomisch und normativ) unter den von uns definierten Risikoszenarien und den von uns simulierten Stressszenarien gegeben. Die internen Simulationen kommen darüber hinaus zum Ergebnis, dass die Liquidität sichergestellt und die Eigenmittelanforderungen erfüllt werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind aufgrund der Risikolage der Bank und der Zugehörigkeit zur kreditgenossenschaftlichen Sicherungseinrichtung nicht erkennbar.

Nach dem derzeitigen Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens- und Substanzsituation des Instituts auch im Berichtszeitraum gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen.

Im Rahmen einer Betroffenheitsanalyse beobachtet und analysiert die Volksbank fortlaufend potenzielle Risikofaktoren und -treiber im Zusammenhang mit dem militärischen Konflikt zwischen Israel und den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits sowie dem Iran andererseits. Dabei werden insbesondere mögliche Auswirkungen auf die Güter- und Finanzmärkte sowie deren Rückwirkungen auf die Risikolage der Bank berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang erfolgt eine laufende Überprüfung der institutsindividuellen Risikoindikatoren sowie eine Bewertung eines möglichen Anpassungsbedarfs bestehender Szenarioanalysen und Stresstests.

Zum aktuellen Zeitpunkt werden die potenziellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank insgesamt als begrenzt eingeschätzt. Gleichwohl sind die finanziellen Folgen der geopolitischen Entwicklungen sowie deren Einfluss auf die Risikobeurteilung unserer Volksbank noch nicht abschließend quantifizierbar. Die weitere Entwicklung ist mit Unsicherheiten behaftet und wird daher weiterhin eng überwacht sowie in die Risikosteuerungs- und Berichtsprozesse einbezogen.

Den dargestellten Risiken stehen folgende Chancen gegenüber:

Möglichkeiten einer positiven künftigen Entwicklung sieht die Bank in der Ausweitung des zinsabhängigen Kundengeschäftes. Bedeutende Geschäftsfelder sind die Finanzierung des gewerblichen Mittelstandes und die private Wohnbaufinanzierung. Günstige Rahmenbedingungen sind aufgrund unseres Regionalprinzips vorhanden, sodass das geplante Wachstum im bilanziellen Geschäft erreicht werden kann. Darüber hinaus wird der Ausbau des Bereiches Beteiligungsmanagement zunehmend einen höheren Stellenwert in der Bank einnehmen.

#### **D. Prognosebericht**

Hinsichtlich unserer Prognose für 2026 gehen wir für die folgenden 5 Jahre sowohl im Aktiv- als auch im Passivgeschäft von einem moderaten bilanziellen Wachstum aus. Gründe hierfür sind u. a. die Unsicherheiten und Unwägbarkeiten des politischen und gesamtwirtschaftlichen Umfeldes.

Unsere Eckwertplanung basiert auf folgenden wesentlichen Annahmen:

Der Zinsüberschuss soll unter der Prämisse einer bankeigenen Zinsprognose und bei ansonsten unveränderter Geschäftsstruktur absolut um 3,7 Mio. EUR ausgebaut werden.

Für das Jahr 2026 wird ein prozentuales Wachstum im Kundenkreditgeschäft in Höhe von 3,2 % angenommen, während die Wachstumsrate im Kundeneinlagengeschäft 3,0 % betragen soll.

Daneben sehen wir einen absolut steigenden Provisionsüberschuss von 0,6 Mio. EUR vor. Der in der Planung zugrunde gelegte Zuwachs soll insbesondere durch u. a. ein gesteigertes Vermittlungsgeschäft realisiert werden.

Beim Personalaufwand haben wir eine reguläre tarifliche Steigerung der Gehälter um 3,5 % berücksichtigt.

Die Höhe der Sachaufwendungen steigen im Jahr 2026 auf Basis detaillierter Budgetsplanungen um 2,2 Mio. EUR. Die Steigerung resultiert aus allgemeinen Kostensteigerungen.

Aus der Kapitalplanung für die Jahre 2026 bis 2030 ergeben sich für das geplante Wachstum im Kreditgeschäft unter der Prämisse von Rücklagenzuführungen und der Einwerbung von Geschäftsguthaben derzeit keine Erkenntnisse für zusätzlichen Kapitalbedarf. Dabei wurde angenommen, dass die aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen auch im Jahr 2026 und Folgeperioden gültig bleiben.

Für das Jahr 2026 erwarten wir ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 23.752 TEUR und damit im Vergleich zu 2025 (24.377 TEUR) ein leicht rückläufiges Betriebsergebnis vor Bewertung. Für den finanziellen Leistungsindikator CIR prognostizieren wir einen Wert in Höhe von 67,7 %.

Für 2026 planen wir mit einer harten Kernkapitalquote von 14,9 %, die somit im Vergleich zum Geschäftsjahr 2025 (14,6 %) um 0,3 Prozentpunkte steigt.

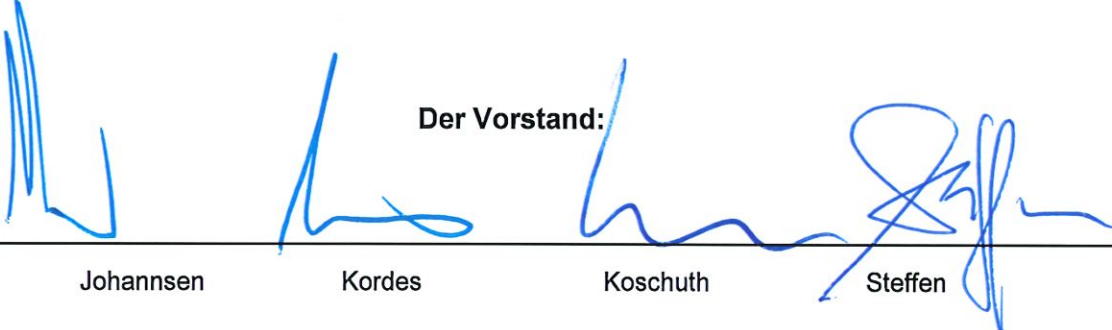
Die prognostizierten Ergebnisse sind insbesondere aufgrund der Auswirkungen des Nahost-Krieges und der damit zusammenhängenden Entwicklungen an den Güter- und Finanzmärkten mit Unwägbarkeiten belegt.

Unsere Prognoserechnung inkl. der zugrunde liegenden Annahmen haben wir vor Ausbruch des Nahost-Kriegs erstellt. Die Auswirkungen des Kriegsgeschehens und der damit einhergehenden Entwicklungen an den Energie-, Rohstoff- und Finanzmärkten auf die Geschäftstätigkeit und Wirtschaftlichkeit unserer Kunden sowie auf die Wertentwicklung unserer Eigenanlagen lassen sich noch nicht vollumfänglich abschätzen. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Annahmen, die unserer Prognoserechnung zugrunde liegen, als nichtzutreffend erweisen. Insoweit sind die Prognosen mit Unwägbarkeiten behaftet. Wir analysieren laufend mögliche Auswirkungen auf die Bank und werden unsere Prognosen anpassen, soweit dies erforderlich ist.

Beverstedt, 15. April 2026

Volksbank im Elbe-Weser-Dreieck eG

**Der Vorstand:**



---

Johannsen                      Kordes                      Koschuth                      Steffen